

24.04.2021

Rede zum Landesparteitag der FDP NRW

Lesedauer: 7 Minuten

Liebe Judith, vielen Dank für das Wort! Liebe Parteifreundinnen, liebe Parteifreunde!

Ein digitaler Landesparteitag, nachdem wir uns vor einiger Zeit ja in Präsenz getroffen haben zur Landeswahlversammlung. Und das zeigt mir, dass der Landesverband Nordrhein-Westfalen der Freien Demokraten, wie übrigens auch die Bundespartei, dass wir sehr umsichtig in dieser Pandemie auch unsere eigenen organisatorischen Entscheidungen treffen. Wir nutzen die digitalen Möglichkeiten, um unsere demokratische Arbeit zu tun und wir gehen dann in die Präsenz mit Hygienekonzepten, wenn es verantwortbar ist. Und das zeigt auch die Linie der FDP, die wir in der Sache in dieser Pandemie fahren. Wir sehen die gesundheitlichen Risiken, unverändert. Es ist eine gefährliche Pandemie. Es ist eine gefährliche Erkrankung. Wir sehen die Infektionszahlen. Wir sehen mit Sorge die Entwicklung in den Krankenhäusern, auf den Intensivstationen. Niemand darf das verharmlosen. Niemand darf das leugnen. Auf der anderen Seite und das kam in der Aussprache ja auch schon zum Ausdruck, gibt es enorme soziale, gesellschaftliche und wirtschaftliche Schäden, die mit dem Stillstand verbunden sind. Wir sehen die Einschränkung der Grundrechte und keine politische Kraft im Deutschen Bundestag ist so sensibel hinsichtlich der Bürgerrechte, wie wir Freie Demokraten es sind. Und diese Balance zu finden zwischen dem notwendigen Gesundheitsschutz auf der einen Seite und auf der anderen Seite der Verwirklichung von Grundrechten und der Öffnung des gesellschaftlichen Lebens unter Bedingungen der Vorsicht, das ist unsere Position in dieser Pandemie seit ihrem Beginn. Am Anfang wurden wir dafür teilweise noch kritisiert. Nun gibt es Medien, die sich für die Rolle der FDP bedanken und unsere Verantwortung, die wir wahrgenommen haben, hervorheben. Das ist eine gute Entwicklung. Genau diesen Kurs empfehle ich uns weiter fortzusetzen.

Unsere politischen Mitbewerber unternehmen ja oft den Versuch, uns als Neinsagerinnen und Neinsager darzustellen. Die FDP die immer nur verneinen würde, die gar nichts sagen würde, was sie denn besser machen wollte. Das stimmt nicht. Wir haben in jeder Phase der Pandemie eigene Vorschläge unterbreitet, was zu tun ist. Ich rufe nur in Erinnerung, beispielsweise unseren Vorschlag für ein Infektionsschutzgesetz mit klaren Wenn-Dann-Regeln aus dem Dezember. Das wurde jetzt von der Großen Koalition aufgenommen. Bundeseinheitliche Wenn-Dann-Regeln für das jeweilige Pandemiegeschehen vor Ort, die hatten wir angeregt. Jetzt gibt es eine einzige Wenn-Dann-Regel, aber die dann bundeseinheitlich. Ich komme gleich nochmal kurz darauf zurück. Wir haben eine Impfreihenfolge, ein Impfen auf der Basis eines Parlamentsgesetzes ebenfalls vor Weihnachten eingebracht. Jetzt sehen wir, dass auch andere Parteien dies teilen. Wir hatten einen Stufenplan vorgeschlagen. Ich könnte das weiter fortsetzen. Wir sind eine konstruktive Kraft in der Oppositionsrolle im Bundestag. Und wir übernehmen ja in den Ländern auch ganz konkret Verantwortung für die Bekämpfung der Pandemie im Rahmen dessen, was die Ministerpräsidentenkonferenz, beziehungsweise die bundesrechtliche Lage dann erlaubt. Also: Wir können mit Selbstbewusstsein zurückweisen,

wenn andere uns in die Ecke der Verweigerer rücken wollen. Wir haben immer Vorschläge gemacht und verbinden unsere Kritik immer auch mit Gegenvorschlägen.

Beim Infektionsschutzgesetz das in dieser Woche ja im Bundestag und dann auch im Bundesrat beziehungsweise passieren gelassen wurde, haben wir es genauso gehandhabt. Unmittelbar nachdem es eine Formulierungshilfe der Bundesregierung gegeben hat, habe ich hier an diesem Schreibtisch, in meinem persönlichen Büro am vorvergangenen Wochenende für die FDP-Bundestagsfraktion eine Entgegnung geschrieben. Die war übrigens, wie alles, was wir im Parlament verantworten und auf den Weg bringen, ganz eng abgestimmt mit den Ländern und insbesondere auch mit unseren Freundinnen und Freunden in der nordrhein-westfälischen Landespolitik. An dieser Stelle ein ganz herzlicher Dank an Joachim Stamp und Christof Rasche, aber auch an Andreas Pinkwart und Yvonne Gebauer für die wirklich ganz vorzügliche, ganz enge, vertrauensvolle Zusammenarbeit. Oftmals haben wir uns an den Tagen der Ministerpräsidentenkonferenzen in Echtzeit abgestimmt: Was habt ihr gehört? Wie seht ihr das? Kann man noch Einfluss nehmen, etwa über die Schiene des Ministerpräsidenten? Also das klappt vorzüglich. Wir haben konkret gesagt, was wir problematisch finden. Und wir haben dann auch konkrete Änderungsvorschläge eingebracht, um das Gesetz wirksam und verfassungsfest zu machen.

Was war das im Einzelnen? Wir haben uns dafür eingesetzt, dass es bei Modellprojekten bleibt, Modellprojekte des testbasierten Öffnens. Wenn das vor Ort funktioniert, dann soll das auch weiter möglich sein, wie das etwa Rostock und Tübingen gezeigt haben. Man kann darüber auch Erkenntnisse erlangen, was vielleicht nicht funktioniert, was optimiert werden kann. Und davon lernen wir dann insgesamt oder an anderen Stellen. Uns war es wichtig, dass wir wegkommen von der reinen Orientierung nur auf Grundlage der 7-Tage-Inzidenz. Die bildet gar nicht mehr das Pandemiegeschehen vollständig ab. Man muss ja etwa fragen: Ist es ein Clusterausbruch an einer Stelle oder sind es diffuse Infektionen, wo man nicht genau weiß, was ist genau die Ursache gewesen ist? Wie ist die Situation in den Krankenhäusern vor Ort? Wie ist die Positiv-Quote an der Gesamtzahl der Tests? Und das erst erlaubt dann vor Ort eine Entscheidung über das Pandemiegeschehen, über die Gefährlichkeit des jeweiligen Pandemiegeschehens vor Ort. Wir haben eine solche gewichtete Inzidenz vorgeschlagen. Das hat nicht die Zustimmung der Großen Koalition gefunden. Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion sagte auf meine Entgegnung, selbst der Landkreistag fordere eine solch gewichtete Inzidenz, da sagte er: "Ach, der Landkreistag, die sind ja immer gegen alles." Was eine Geringschätzung der kommunalen Ebene, wo die PraktikerInnen und Praktiker tätig sind. Und die Grünen, die wollten sogar noch schärfere Inzidenzen. Die wollten noch unter die 165er-Inzidenz drunter bei der Frage, wann Schulen geschlossen werden sollen. Das, was die Grünen im Bundestag vorgelegt haben, das würde in der Praxis dazu führen, dass bis zu den Sommerferien nahezu nirgendwo in Deutschland die Kinder und Jugendlichen eine Schule besuchen könnten. Was für ein enormer sozialer Schaden wäre entstanden, wenn die Grünen sich mit dieser Forderung durchgesetzt hätten. Wir dagegen wollen das Pandemiegeschehen regional beurteilen, mit einer gewichteten Inzidenz. Unser dritter Änderungsantrag betraf die Differenzierung zwischen Geimpften und Nicht-Geimpften bei der Verwirklichung von Grundrechten.

Und der vierte, der entscheidet. Das ist die Frage gewesen, warum wir auch die verfassungsrechtlichen Bedenken geäußert haben - das ist die Ausgangssperre. In Schleswig-Holstein hat auch mal ein FDP-Gesundheitsminister Anfang dieses Jahres eine Ausgangssperre

verhängen müssen wegen eines diffusen Infektionen Geschehens in Flensburg. Und heute sagt die Landesregierung von Schleswig-Holstein, dass diese Maßnahme den geringsten Beitrag dazu geleistet hat, um in Flensburg die Zahlen runter zu bringen. Die Regierungsberater in Frankreich, die zwei Monate scharfer Ausgangssperre hatten, die sagen nun die wissenschaftliche Evaluation zeigt: Die Ausgangssperre, die ist nicht das wirksamste Instrument. Entscheidend sind Kontaktbeschränkungen, also die Beschränkung der Zahl von Menschen, mit denen sich einen Haushalt treffen kann. Entscheidend sind Tests, die Ausdehnung von Tests, Beschleunigungen beim Impfen, die Abstandsregeln, die konsequente Maskenpflicht mit besonders schützenden Masken, kluge Öffnungskonzepte bei den Schulen, wie wir sie in Nordrhein-Westfalen ja gesehen haben. Das sind die Dinge die helfen, nicht eine pauschale Ausgangssperre nachts. Deshalb, weil unsere Änderungsanträge abgelehnt worden sind, liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde, gehen wir aus der FDP-Bundestagsfraktion jetzt den Weg nach Karlsruhe. Die Maßnahmen der Pandemiebekämpfung, sie müssen wirksam, sie müssen geeignet, sie müssen am Ende verhältnismäßig sein. Wir leben nicht in einer Art des übergesetzlichen Ausnahmezustands. Wir leben auch in der Pandemie im Staat des Grundgesetzes. Da müssen sich nicht die Bürgerinnen und Bürger rechtfertigen für ihre Kritik. Da müssen nicht diejenigen sich rechtfertigen, die auf eine verfassungsgemäße Pandemiebekämpfung setzen. Da muss sich der Gesetzgeber, da muss sich die Bundesregierung rechtfertigen für ihre Maßnahmen. Die muss begründen, warum und mit welcher Wirksamkeit bestimmte Entscheidungen getroffen werden. Wir werden das nun höchstrichterlich prüfen lassen, welchen rechtlichen Charakter die Ausgangssperre hat.

Und dann, liebe Freundinnen und Freunde, wird es darum gehen, dass wir beim Impfen vorankommen. Das ist unser Weg aus der Coronakrise. Das Impfen muss nun beschleunigt werden. Ich erwarte von einem Impfgipfel am Montag endlich wegweisende Beschlüsse der vollen Einbeziehung der niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte und die volle Einbeziehung der Betriebsärzte. Es ist ja im Grunde ein Ablenkungsmanöver, dass über eine Testspflicht in der Wirtschaft gesprochen wird und zugleich die Angebote von Betrieben, dass dort die Betriebsärzte ins Impfen einsteigen können, dass die immer noch nicht angenommen worden sind, sondern dass das noch bis zur Jahresmitte dauern soll. Die gut fünf Millionen Impfdosen in der Reserve müssen jetzt in die Verimpfung kommen im niedergelassenen Bereich. Wir müssen den Zeitpunkt zwischen Erst- und Zweitimpfung zeitlich strecken, wie Expertinnen und Experten das anregen. Und jetzt bereits muss die Bundesregierung in Europa und auch im eigenen Bemühen Druck machen, dass wir nicht benötigte Impfdosen aus dem Ausland nach Deutschland bekommen, beispielsweise Schleswig-Holstein hat ja aus Dänemark Impfdosen erhalten. Das sollte Schule machen. Und wir müssen dafür sorgen, dass die Auffrischungsimpfungen, die Impf-Booster, dass die für den Herbst bereits jetzt beschafft werden, dass wir nicht ein zweites Mal eine solche Knappheitssituation kommen. Wir müssen also raus aus dem immer reaktiven Handeln in der Pandemie zum aktiven Handeln. Wir müssen gewissermaßen vor die Welle kommen. Man kann ja bestimmte Situationen die uns etwa im Herbst erwarten könnten voraussehen und jetzt bereits Maßnahmen einleiten und Entscheidungen treffen.

Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde, wir sind heute, 154 Tage vor der Bundestagswahl. Und inzwischen sind auch die hoch spannenden Personalfragen geklärt. Die Parteien haben sich aufgestellt. Wir wissen jetzt, welche Persönlichkeiten unsere Mitbewerber ins Rennen schicken. Da ist auf der einen Seite, bei der Union unser Ministerpräsident aus Nordrhein-Westfalen, Armin Laschet. Armin Laschet kennen und schätzen wir als einen fairen Partner in

der Landesregierung. Es ist mit ihm gelungen im Jahr 2017 innerhalb von vier Wochen eine erfolgreich, vertrauensvoll arbeitende Koalition zu bilden. Was seinerzeit innerhalb von vier Wochen in Berlin los war, das haben wir alle noch in Erinnerung. Und die Frage, die sich stellt, ist: Wie fair ist jemand im Umgang? Haben alle beteiligten Partner die Chance, auch ihre Projekte umzusetzen und ihr Profil in ein gemeinsames Regierungshandeln hineinzubringen? Und das gelingt in Nordrhein-Westfalen. Und deshalb kennen wir Armin Laschet als eine Persönlichkeit, die geeignet ist, unterschiedliche Positionen zusammenzuführen, die geeignet ist, Vertrauen aufzubauen. Und deshalb ist die Entscheidung der Union für Armin Laschet nachvollziehbar. Jetzt stellt sich aber die Frage nach den Inhalten, nachdem die Personalfragen geklärt sind. Und hier sind wir gespannt auf das Programm der Union. Ich erwarte, dass bei aller Partnerschaft in Nordrhein-Westfalen es genug Raum gibt für die FDP, dass wir unsere eigenen Akzente auch und gerade im Wettbewerb mit der Union setzen können. Denn die gute Zusammenarbeit hier bedeutet ja nur, dass wir eine faire Auseinandersetzung in der Sache in diesem Jahr führen werden. Für mich ein gewisser Indikator für die Rolle der FDP ist, dass Armin Laschet bei seinen bisherigen öffentlichen Äußerungen zur Programmatik der Union eigentlich nur die Terminologie der FDP aus Nordrhein-Westfalen und die Projekte seines liberalen Koalitionspartners in Nordrhein-Westfalen genannt hat. Vom Aufstiegsversprechen und Talentschulen, bis zum Bürokratieabbau und einer Entfesselung sind das alles Projekte und Themen der Freien Demokraten hier in Nordrhein-Westfalen. Das zeigt, dass die FDP wirkt und unterstreicht die Rolle, die wir auch im Bund spielen können.

Auch die Grünen haben ihre Personalentscheidungen getroffen. Ich kann die Häme, die da bisweilen zu lesen ist genauso wenig verstehen wie bestimmte Übertreibungen. Ich sehe es so: Es ist eine junge Frau, die einen Führungsanspruch anmeldet. Und dagegen ist nichts zu sagen, ganz im Gegenteil. Davon wünschen wir uns insgesamt in Wirtschaft und Gesellschaft mehr. Da ist eine Kandidatin, die sich das Kanzleramt zutraut. Und auch dagegen ist nichts zu sagen. Da verbietet sich jede Übertreibung in der Freude darüber, als auch Häme hinsichtlich vorhandener oder nicht vorhandener Vorerfahrungen. Sie traut es sich zu. Jetzt ist die Frage trauen auch die Menschen es ihr zu? Und da werden dann, liebe Freundinnen und Freunde, eben Inhalte eine Rolle spielen.

Unser Land verändert sich: In der Wirtschaft durch die Pandemiefolgen, aufgrund der Transformation, wegen Digitalisierung und Klimaschutz. Es verändert sich der Blick auf den Staat, weil so viele Defizite in seinem Handeln, in seiner Handlungsfähigkeit sichtbar geworden sind. Es verändert sich unsere Gesellschaft, weil wir selbstbestimmt leben wollen und sich deshalb in der Gesellschaftspolitik einiges ändert: Im Verhältnis der Geschlechter, aber auch, weil wir eine alternde Gesellschaft sind und ältere Menschen andere Ansprüche an die Politik anmelden. Es verändert sich alles in diesen 20er-Jahren. Jetzt geht es um die Richtung der Veränderung. Und da werden alle politischen Adressen und alle Kandidatinnen und Kandidaten Auskunft geben müssen: Welche Richtung geben sie der Veränderung? Unsere Antwort ist: Wir wollen Deutschland moderner, digitaler und freiheitlicher machen. Was andere wollen, das wird in diesem Jahr besprochen werden.

Zum Beispiel in der Steuerpolitik, mein erstes Beispiel. Friedrich Merz schließt Steuererhöhungen nicht aus. Grüne, Sozialdemokraten und Linke fordern Steuererhöhungen: Vermögenssteuer, ein höherer Spitzensteuersatz. Nebenbei gesagt: Das ist bekanntlich nicht der Steuersatz der Einkommensmillionäre, sondern bereits der qualifizierten

Facharbeiterinnen und Facharbeiter, mit etwas Erfahrung in bestimmten Branchen. Aber auch die Finanztransaktionssteuer; die ganze Palette von zusätzlichen Belastungen. Wir als Freie Demokraten sagen: Wir kennen niemanden in unserem Land, der zu wenig Steuern zahlt. Mit Ausnahme vielleicht von Apple, Amazon und Google, die wir zu einem fairen Beitrag zur Finanzierung des Gemeinwesens ja seit Jahren anhalten und entsprechende Maßnahmen auch von der Politik in Deutschland und Europa fordern. Aber ansonsten geht es doch um die Frage der Entlastung. Wir sind ein Hochsteuerland inzwischen. Und zwar auch für die Mittelschicht, auch bereits für die Normalverdiener, aber in gleicher Weise auch für die Betriebe. Und deshalb ist unsere politische Garantie: Mit den Freien Demokraten in Regierungsverantwortung wird es keine zusätzliche Steuerbelastung für die Einkommen der Beschäftigten und für diejenigen geben, die Verantwortung für Arbeitsplätze tragen. Im Gegenteil: Wir wollen uns Entlastung erarbeiten. Wir verkennen nicht die eng gewordenen Spielräume in den Haushalten. Aber wir wollen Entlastung erarbeiten, bei den kleinen und mittleren Einkommen der arbeitenden Mitte unseres Landes, aber auch für die Wettbewerbsfähigkeit von Familienunternehmen und Industrie auf den Weltmärkten. Das sind klare Unterschiede die deutlich werden.

Mein zweites Beispiel: Die Bürokratie. Darunter wird oft gesprochen, auch in der CDU. Herr Laschet zitiert die FDP mit der Notwendigkeit der Entfesselung. Die Realität ist, dass zusätzliche Bürokratie mit der Union geschaffen wird. Ich denke beispielsweise an das sehr bürokratische und eine sinnvolle europäische Regelung leider vorwegnehmende Lieferkettengesetz, das Papierkrieg auslösen wird, aber nicht tatsächlich soziale und ökologische Fortschritte bringen wird, wie ich befürchten muss. Oder die Baupflicht und anderes mehr. Grüne, Sozialdemokraten und Linkspartei wollen darüber noch weit hinausgehen mit zusätzlichen Dokumentationsverpflichtungen, Beauftragten und so weiter; was dort in den Programmen ist! Wir hingegen sagen: Unser Gemeinwesen befindet sich bereits in einer Art der Selbstfesselung. Man braucht sich nur ansehen wie lange es dauert, bis bestimmte öffentliche Fördermittel eingesetzt werden. Selbst dann, wenn es demokratische Mehrheiten für Infrastrukturprojekte gibt, finden die nicht statt, weil es durch den Rechtsweg und die unterschiedlichen, sich widersprechenden Gesetze es nicht vorangeht. Und deshalb ist unser Ziel, unser Anliegen: Wir wollen unser Land entfesseln damit wieder Dinge möglich werden. Wir wollen, dass Regulierung reduziert wird, weil wir mehr Vertrauen in die Menschen setzen, dass sie vor Ort, in ihrem Leben, in ihrem Betrieb schon verantwortungsvolle, richtige Entscheidungen treffen können. Dafür müssen wir vieles erleichtern: Von den Planungs- und Genehmigungsverfahren im öffentlichen Bereich, über die Bürokratie und Belastung der Betriebe bis hin zur praktischen Alltagsbürokratie, von denen Menschen betroffen sind, etwa beim Arbeitszeitgesetz oder bei der Arbeitsstättenverordnung im Homeoffice.

Dritter Punkt: Unsere soziale Absicherung. Die einen haben in den vergangenen Jahren innerhalb der Großen Koalition fortwährend neue Ansprüche und Standards geschaffen. Die steigenden Sozialversicherungsbeiträge geben Kunde davon. Und zugleich sind diese zusätzlichen Maßnahmen und Standards nicht nachhaltig finanziert. Beispielsweise in der Altersversorgung in den 20er-Jahren werden wir das erleben, wenn die Babyboomer-Generation in das Ruhestandsalter eintritt. Die anderen, etwa die Grünen, wollen: "Was kostet die Welt?! Bedingungsloses Grundeinkommen und Bürgerversicherung!" Das heißt noch mehr staatliche Mittel, noch mehr Umverteilung, noch mehr Nivellierung auf individueller Lebensleistung. "Was kostet die Welt? Wir haben's ja! Wie es finanziert wird? Siehe oben -

Steuererhöhungen." Wir haben eine andere Vorstellung. Wir wissen, dass die beste soziale Absicherung ein gut bezahlter Arbeitsplatz ist. Deshalb wollen wir Beschäftigung in Deutschland sichern und ausbauen. Und wir wollen die Beschäftigung, die wir haben, von der Bezahlung durch Qualifikation aufwerten, individuellen wirtschaftlichen Fortschritt erreichen, durch lebenslanges Lernen, Qualifikation. Die einen wollen den Mindestlohn politisch erhöhen. Wir wollen dafür sorgen, dass weniger Menschen zu Bedingungen des Mindestlohns, erst recht nicht ihr ganzes Berufsleben, arbeiten müssen und wollen ansonsten die Lohnfindung bei den Tarifpartnern beziehungsweise bei der dafür zuständigen Kommission belassen. Wir möchten Bildung stärken, als die entscheidende soziale Investition, damit Menschen gar nicht oder zumindest nicht dauerhaft bedürftig sind. Es ist in der Aussprache bereits angesprochen worden: Dass so viele junge Menschen jetzt die Schule ohne einen Abschluss verlassen, das erfordert doch eine gesamtstaatliche Anstrengung. Also auch mehr Verantwortung des Bundes dafür, dass die Defizite, die sich während der Pandemie gezeigt haben, aufgeholt werden können. Dass wir unser Bildungssystem insgesamt qualitativ aufwerten und digitaler machen. In Nordrhein-Westfalen unternehmen wir ja in Regierungsverantwortung von der Kita bis zur beruflichen Bildung enorme Anstrengungen. Nach meiner festen Überzeugung wird der Bund sich aber beteiligen müssen, weil wir Länder und Kommunen bei den enger werdenden finanziellen Möglichkeiten, bei dieser wichtigen, dieser entscheidenden Aufgabe nicht allein lassen können. Die soziale Absicherung wollen wir auch durch die Möglichkeiten etwa des Kapitalmarkts und die Möglichkeiten Wohneigentum zu bilden, stärken. Auch das gibt den Menschen Sicherheit. Es ist nicht nur eine Reaktion auf das brüchig werdende Sicherheitsversprechen der staatlichen Umlagesysteme in einer alternden Gesellschaft, es gibt auch individuell mehr Freiheiten. Wer weiß: "Ich habe mir auch selbst Ansprüche erarbeitet. Ich habe dort eine gesetzliche Aktienrente. Ich habe dort Wertpapiere die ich dereinst einmal steuerfrei verkaufen kann, den Veräußerungserlös steuerfrei als Teil meiner Altersvorsorge haben kann. Ich habe die Möglichkeit am Ende meines Berufslebens in einer Wohnung oder einem Haus zu leben ohne Miete zahlen zu müssen, weil ich die Gelegenheit hatte mir etwas aufzubauen. Das ist mein Fleiß; dass die Ergebnisse meiner Schaffenskraft auch bleiben." Das ist unser Versprechen der sozialen Sicherung. Gute Beschäftigung, gute Bildungschancen für alle und die Möglichkeit, sich selber etwas aufzubauen statt neuer Umverteilungssysteme oder nicht an die Alterung der Gesellschaft angepasste Sozialpolitik.

Die Klimapolitik, mein vorletztes Beispiel. Während der Ära Merkel haben wir über 300 Milliarden Euro an EEG-Umlage gezahlt und wir sind bei der Dekarbonisierung der Energieversorgung noch nicht wesentlich weitergekommen. Immer noch nicht haben wir die Stromautobahnen und -straßen, Stromtrassen, die Smart Grids, die Stromspeicher, die wir benötigen um ein Industrieland zu versorgen. Jetzt gibt es neue Diskussionen: Verbot des Verbrennungsmotors und ein Nein zu Nord Stream 2. Obwohl wir ja im Zuge des Verzichts auf Kernenergie und Kohle als eine Art Übergangsenergieträger Gas tatsächlich noch brauchen und die geopolitischen Fragen, die damit verbunden sind, politisch in der Außenpolitik lösen müssten - Stichwort Vereinbarungen mit der Ukraine - und nicht in der Energiepolitik. Verbrennungsmotoren verbieten, wie Grüne und Herr Söder das wollen, das kann doch nicht die Lösung sein, einseitige technologische Entscheidungen zu treffen. Nicht bestimmte Technologien, CO2 Speicherung oder Verbrennungsmotor, müssen verboten werden. Verboten werden muss, zu viel CO2 auszustoßen. Das muss das entscheidende Verbot sein: Ein CO2-Limit, aber nicht das Verbot einzelner Technologien. Und dann kann dieses CO2-Verbot umgesetzt werden: Durch Technologieentwicklungen, durch einen neutralen,

technologisch neutralen Staat, der darauf setzt, dass der Ideenwettbewerb von unten heraus überlegene und günstigere Problemlösungen hervorbringt um die Menschheitsaufgabe Klimawandel zu lösen. Das ist unser marktwirtschaftlicher Ansatz. Das ist sozusagen das Prinzip Biontech: Private Initiative, Spitzenforscher ohne technologische Denkverbote bringen segensreiche Innovationen für die Menschheit hervor. Das Biontech-Prinzip angewandt auf die Menschheitsaufgabe Klimaschutz.

Und zuletzt, liebe Freundinnen und Freunde, welche Richtung der Veränderung geben wir der internationalen Politik? Vieles wäre zu sagen über Europa-, Verteidigungs- und Sicherheitspolitik. Aber ich möchte mich auf einen Aspekt konzentrieren: Die Große Koalition hat es nicht vermocht in den vergangenen Jahren, das Freihandelsabkommen mit Kanada zu ratifizieren. Die Grünen wollen jetzt in ihrem Programm CETA gar nicht mehr ratifizieren und Abkommen etwa mit Lateinamerika sollen nicht abgeschlossen werden. Das ist die Richtung, die die vorgeben wollen. Das ist der Status quo. Was wir stattdessen brauchen, sind doch aber mehr Initiativen für freien und fairen Welthandel. Natürlich muss das Abkommen mit Kanada ratifiziert werden. Mit wem, wenn nicht mit den Kanadiern, wollen wir überhaupt noch Handel treiben? Wer genügt dann überhaupt noch unserer sozialen und ökologischen Standards, wenn ich die Kanadier? Natürlich müssen wir ein Abkommen mit Lateinamerika, mit Mercosur treffen. Wie wollen wir denn Einfluss auf Brasilien nehmen, dass sie den Regenwald nicht brandrodet, sondern dass stattdessen dort vielleicht CO2 Speicherung stattfindet, wenn es nicht Vereinbarungen und regelbasierten Handel und politisch intensiven Austausch gibt? Mit den Vereinigten Staaten müssen wir doch neue Anläufe für Handel und gemeinsame Regeln treffen, weil von einer solchen Verbindung doch auch eine Prägekraft für den Welthandel insgesamt ausgehen könnte. Weil dort soziale und ökologische Standards, die vielleicht nicht eins zu eins unserer sind, definiert werden können, an denen dann niemand, auch nicht die Chinesen, vorbeigehen kann. Also: Wir müssen nicht im Status quo verharren oder weniger Regeln für den Welthandel, weniger auch bilaterale Abkommen, als Europäerinnen und Europäer schließen, sondern mehr. Das zumindest ist die Richtung die wir angeben wollen.

Und dann? Dann werden wir die Frage nach Koalitionsoptionen stellen müssen. Wir sind klar: Wir koalieren nur mit Parteien des demokratischen Zentrums. Aber wer wie Frau Baerbock das Kanzleramt reklamiert, der wird in diesem Wahlkampf der Frage nicht ausweichen können: "Wie hältst du es denn mit der Linkspartei?" So wie in Bremen, wo eine Jamaika-Koalition mit dem Wahlgewinner CDU und der FDP möglich gewesen ist, aber die Grünen dann entschieden haben, lieber den Wahlverlierer der Sozialdemokratie im Amt zu belassen und die Linkspartei zum ersten Mal in eine westdeutsche Landesregierung zu holen. Wir halten es also die Grünen heute mit der Linkspartei? Das können die Bürgerinnen und Bürger dann beurteilen. Ich bin weit entfernt von Rote-Socken-Kampagnen der 90er-Jahre. Aber die Leute müssen schon wissen woran sie sind. Für uns ist klar: Wir sind eine eigenständige Partei. Wir haben keine besondere Koalitionspräferenz. Wir entscheiden nach den Inhalten. Wenn die Wahlprogramme da sind und, so wie ich das gerade an fünf Beispielen deutlich gemacht habe, kann man ja individuell die Nähe und die Ferne zu einzelnen Konstellationen beurteilen. Aber wir sind eigenständig. Bei uns ist klar: Wir koalieren nur mit den Parteien des demokratischen Zentrums und mit ihnen dann in Zusammenhängen, in denen wir viel von unseren Inhalten in einer fairen Zusammenarbeit umsetzen können. Da müssen andere nun auch Auskunft geben, wie sie sich zu dieser Frage stellen. Unser Ziel ist jedenfalls, liebe Freundinnen und Freunde, dass weder Grün-Rot-Rot noch Schwarz-Grün eine eigene Mehrheitsperspektive bekommen. Unser Ziel ist, dass die FDP so stark zweistellig wird, dass es uns gelingt, sowohl Schwarz-Grün

als auch Grün-Rot-Rot auszuschließen, sodass es eine Mehrheitsbildung, eine Regierungsbildung aus der Mitte mit der FDP nur geben wird.

Dann haben wir die Chance, der Veränderung eine richtige Richtung zu geben. Dann haben wir die Chance, dafür zu sorgen, dass Deutschland eben moderner, digitaler und freier wird. Dass wir in die Lage versetzt werden, die wirtschaftliche Basis so zu stärken, dass die ganzen sozialen und ökologischen Ziele, die wir teilen und die wünschenswert sind, tatsächlich auf Dauer finanziert werden können. Dann haben wir die Möglichkeit, für die wir uns bewerben, so wirtschafts- und wachstumsfreundliche Politik zu machen, dass es gelingt, unser Gemeinwesen aus der drohenden Schuldenfalle zu befreien und damit dann auch die Interessen der Generation der Kinder und Enkel zu vertreten, die auch in Zukunft einen handlungsfähigen Staat brauchen. Und die wissen, dass Nachhaltigkeit nicht nur eine Kategorie der Umwelt, sondern eben auch der Sozial- und der Finanzpolitik ist. Das ist unser Ziel in diesem Jahr. Wenn wir Teil einer Modernisierungskoalition hoffentlich sein werden, dann wissen wir allerdings auch, dass große Aufgaben auf unser Land und auf all diejenigen zukommen werden, die Verantwortung in der Gestaltung übernehmen. Deshalb gehen wir nicht leichtfertig an diese Aufgabe heran. Wir werden jetzt einen sehr intensiven Wahlkampf führen: Auf den Marktplätzen, in den Sälen, aber eben auch im Online-Bereich und in den Kommentarspalten. Dazu sind auch alle die uns in Verantwortung sehen wollen eingeladen mitzutun. Wir haben klare Ziele, die wir ansprechen. Aber wir wissen eben auch um die Dimension der Aufgaben, die dann danach auf alle diejenigen warten, die in Regierungsverantwortung stehen. Deshalb sind wir sehr selbstbewusst, was unsere Themen, Prioritäten und Werte angeht. Aber uns empfiehlt sich auch eine hinreichende Bescheidenheit oder Demut, will ich sagen, angesichts der großen Aufgaben, die dann in den nächsten Jahren zu bewältigen sein werden. Mit Selbstbewusstsein und diesem Realismus hinsichtlich der Dimension der Aufgaben, haben wir eine sehr gute Chance, Vertrauen bei den Bürgerinnen und Bürgern zu erhalten. Um dieses Vertrauen werben wir. Und ich freue mich sehr auf einen Wahlkampf mit euch. Hoffentlich auch oft genug wieder live und nicht nur in digitalen Formaten. Herzlichen Dank!